

Landesbehörden ziehen in die Kaserne

Das Finanzamt Osnabrück-Land marschiert schon mal voran

fv OSNABRÜCK. Entsteht in der Winkelhausen-Kaserne in Haste künftig ein Dienstleistungszentrum, bestehend aus mehreren Landesbehörden? Nachdem in dieser Woche eine Kabinettsentscheidung bekannt wurde, wonach das Finanzamt Osnabrück-Land verlagert werden soll, deuten sich auch andere Behörden-Umzüge auf das Areal an.

Bislang waren für das 31 Hektar große und verkehrsgünstig am Hafen gelegene Kasernengelände Nachnutzungen für Speditionen und Gewerbe im Gespräch. Überraschenderweise wurde jetzt bekannt, dass auch die Landesregierung im Haushalt

für 2008 und die Folgejahre bereits zehn Millionen Euro für den Ankauf und Umbau von zunächst drei Kasernenblocks der 1935 gebauten Winkelhausenkaserne bereitstellt. Umziehen soll demnach das derzeit an der Hannoverschen Straße untergebrachte Finanzamt Osnabrück-Land.

Agnes Hoffmann, Stellvertreterin des Finanzamts-Vorstehers Georg von Kerssenbrock, bestätigte gestern diese Pläne. Die Unterbringung der Fiskalbehörde mit 330 Mitarbeitern in einer ehemaligen Kleiderfabrik (bis in die 80er-Jahre war dort auch einmal die Kriminalpolizei untergekommen) sei verbesserungsfähig, das

Haus insgesamt „renovierungsbedürftig“. So sei auch die Alternativüberlegung aufgekommen, in die spätestens 2009 geräumte und verfügbare Kaserne umzuziehen.

Einen entsprechenden Zeitplan bestätigte auch Richard W. Bitter, Leiter der Staatlichen Baumanagements: Vorgesehen seien vorerst der Ankauf von drei Blöcken entlang der Straße An der Netter Heide aus dem Bundesvermögen. „Dann machen wir die Sanierungsplanung. Und wenn alles gut geht, kann etwa 2010 bezogen werden.“

Zuvor müsse allerdings die Stadt Osnabrück noch den Flächennutzungsplan und



Landesbehörden wie das Finanzamt Osnabrück-Land sollen in die Winkelhausen-Kaserne in Haste einziehen.

den geltenden Bebauungsplan ändern, so Bitter. Gedacht sei dabei an einen von Nord nach Süd verlaufenden Grünzug, der Gewerbe (im westlichen Teil am Stadthaus-

fen) und Verwaltung (im östlichen Teil entlang des Wohnviertels) trennen würde. Franz Schürings, Fachbereichsleiter Städtebau bei der Stadt Osnabrück, schlug

ebenfalls gestern in dieselbe Kerbe: „Damit sehen wir keine Konflikte.“ Zunächst seine aber der Bund und mögliche Erwerber am Zug.

Offiziell wurde zwar nur über die drei Kasernenblocks gesprochen. Dennoch deutet sich ein weitergehendes Interesse des Landes für insgesamt bis zu acht Blocks an. Es werde an einem „generellen Unterbringungskonzept“ für die Landesbehörden in Osnabrück gearbeitet, sagte Jörg Hoppe, Leiter des Liegenschaftsfonds in Oldenburg: Synergieeffekte zu nutzen, indem zwei Behörden zusammengelegt würden, oder Mietobjekte abstoßen zu können, seien dabei wichtige Kriterien.